

Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Pierraden

Sernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschreiben besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einseitige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Umhaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 41

Freitag, den 17. Februar 1928

35. Jahrgang

Chronik des Tages.

— Reichspräsident von Hindenburg empfing die Reichsminister Hertg und Dr. Brauns zum Vortrag über die politische Lage.
— Im 70. Lebensjahre starb in Lübeck General der Infanterie von Morgen.
— Agenturmeldungen zufolge ist der rumänische General Balomica bei seiner Rückkehr von Paris an der Grenze verhaftet worden.
— Der amerikanische Senat nahm am Freitag die Beratung der Freigabebill in Angriff.
— Der angeklagte Berliner Primaner Krantz mußte wegen eines Nervenzusammenbruchs ins Krankenhaus gebracht werden.
— Der Berliner Polizei gelang die Festnahme eines gefährlichen internationalen Kofahändlers.
— Eine Gasexplosion in Raumburg, bei der drei Personen verletzt wurden, hatte einen Hauseinsturz zur Folge.

Vor der Entscheidung.

Notprogramm und Reichstagsauflösung. — Neue Besprechungen der Minister mit den Parteiführern.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing den Bizekanzler Hertg und den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und nahm einen Vortrag über die politische Lage und die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Parteiführern entgegen. Nach der Rückkehr der Minister trat die Reichsregierung abermals zu einer Kabinettsitzung zusammen, um die Beratungen über den Umfang und die Einzelheiten des Notprogramms zu Ende zu führen. Einen breiten Raum bei den Verhandlungen nahm auch das Liquidationsgeschäft ein, gegen dessen Charakter als Schlußgesetz der Reichstags — soweit die jetzt vorliegende Fassung in Frage kommt — ernste Bedenken hat. Im Anschluß an die Kabinettsitzung traten die Minister in den Abendstunden des Donnerstags noch einmal mit den Führern der bisherigen Regierungsparteien zu Besprechungen zusammen. Die Reichsregierung will förmliche Verhandlungen bis zum heutigen Freitag zum Abschluß bringen, so daß dann Klarheit über die weitere Entwicklung der Dinge geschaffen sein wird. Große Schwierigkeiten sind noch damit verknüpft, daß die einzelnen Forderungen der Parteien gegeneinander ausgeglichen werden müssen. Die Deutschnationalen legen vor allem auf die

Notstandsmaßnahmen für die Landwirtschaft großes Gewicht.

Bizekanzler Hertg empfing im Laufe des Donnerstags noch den Führer der Wirtschaftlichen Vereinigung, Drewnitz, um auch mit der Wirtschaftspartei über das Notprogramm Fühlung zu nehmen. Wie die übrigen Fraktionsführer, erklärte sich auch Abgeordneter Drewnitz bereit, an der schnellen Verabschiedung des Haushalts und der Hilfsaktion für die Landwirtschaft mitzuwirken. Die Reichstagsfraktion der Kommunisten, die an den Verhandlungen über das Notprogramm nicht teilnimmt, hat im Reichstag einen Antrag auf sofortige Auflösung des Parlaments eingebracht. Sie beschloß, im Falle der Ablehnung einen Misstrauensantrag gegen die gesamte Reichsregierung zu stellen.

Hilfsaktion und Zinshöhe.

Keine allgemeine Verbilligung des Zinsfußes für landwirtschaftliche Hypothekenschulden.

In letzter Zeit ist wiederholt die Wahrnehmung gemacht worden, daß landwirtschaftliche Unternehmer vorhandene Kreditmöglichkeiten nicht ausgenutzt haben, weil sie im Zusammenhang mit der geplanten Hilfsaktion für die Landwirtschaft eine allgemeine Zinsverbilligung aus Reichsmitteln erwarten. Von unterrichteter Seite wird aus diesem Anlaß darauf hingewiesen, daß zwar Erwägungen schweben, ob und in welcher Weise Zinsverbilligungen für einzelne örtlich beschränkte Bezirke, in denen besondere Notstände vorliegen, über für bestimmte Zwecke, wie B. Meliorationen, durch Bereitstellung öffentlicher Mittel gegeben werden können, eine allgemeine Kreditverbilligung für die Landwirtschaft in der Weise, daß diese für alle landwirtschaftlichen Hypothekenschulden eine Verbilligung des Zinsfußes durch Bereitstellung öffentlicher Mittel erfolgt, sei aber nicht in Erwägung gezogen worden! Es wäre daher falsch, wenn landwirtschaftliche Unternehmer, die für die Aufrechterhaltung

ihrer Betriebes langfristige Kredite notwendig haben und denen sich die Möglichkeit zur Deckung dieses Kreditbedarfs zu angemessenen Bedingungen bietet, in der falschen Erwartung auf eine allgemeine Kreditverbilligung vorhandene Möglichkeiten nicht ausnützen würden.

Erklärungen der Parteien.

Die Regierungsparteien nehmen erneut zum Scheitern des Reichsschulgesetzes Stellung.

In den bisherigen Regierungsparteien ist eine scharfe Auseinandersetzung über die Vorgänge, die zum Zerfall der Koalition geführt haben, im Gange. Deutschnationale und Zentrum führen das Vorführen der Regierungsmehrheit auf die Haltung der Deutschen Volkspartei in der Schulfrage zurück, während die Deutsche Volkspartei den Standpunkt vertritt, daß der Schulkonflikt nicht zum Koalitionskonflikt hätte führen brauchen. Die

Kundgebung der Zentrumsfraktion

verweist zunächst darauf, daß die Regierungsparteien sich in den „Nichtlinien“ feierlichst zur Verabschiedung des Schulgesetzes verpflichtet hätten und fährt fort:

„Die Deutsche Volkspartei hat ihre bei der Regierungsbildung eingegangenen Verpflichtungen nicht gehalten. Undauernd war sie bestrebt, gegen alle übrigen Regierungsparteien mit Hilfe der Opposition wesentliche Bestimmungen der Regierungsvorlage zu Fall zu bringen. Durch dieses Vorgehen hat die Deutsche Volkspartei der Zentrumsfraktion die Aufgabe der wichtigsten Grundzüge zugeworfen. Bis zur letzten Stunde fortgeführte Verhandlungen ergaben die Unmöglichkeit, mit der Deutschen Volkspartei ein Schulgesetz im Sinne der Verfassung und der eingegangenen Koalitionsverpflichtungen zustande zu bringen.

Die Schuld an dem Scheitern des Reichsschulgesetzes fällt auf die Deutsche Volkspartei. Sie hat damit die Regierungskoalition selbst zerfallen lassen, die auf ihr besonderes Vertrauen zustande gekommen war.

Die zwingende Folgerung daraus wäre die sofortige Auflösung des Reichstages. Aus außen- und innenpolitischen Gründen hält die Zentrumsfraktion jedoch den Versuch für notwendig, den Etat und einige Notstandsgesetze in kürzester Frist zu erledigen. Das Gelingen dieses Versuches hängt von dem Verantwortlichkeitsgefühl aller Parteien des Reichstages ab.“

Die Deutsche Volkspartei

übergibt der Presse eine neue Erklärung, in der in der Hauptsache folgendes ausgeführt wird:

„Eine Auflösung der Koalition aus Anlaß des Scheiterns des Schulgesetzes wäre nur zu rechtfertigen gewesen, wenn das deutsche Volksschulwesen so verkommen, zerrütet und entwürdet wäre, daß nur eine große und sofortige Reform Hilfe bringen könnte. Daß dies nicht der Fall ist, braucht nicht näher dargelegt werden. Die Deutsche Volkspartei hat sich deshalb mit Recht der Auflösung Hindenburgs angeschlossen, daß der Schulkonflikt nicht zum Koalitionskonflikt geführt werden dürfte, damit die anderen großen wirtschaftlichen Aufgaben in Ruhe gelöst werden könnten. Diese Möglichkeit ist jetzt durch das Verhalten der anderen Koalitionsparteien sehr in Frage gestellt.“

Eine Antwort darauf stellt eine zweite öffentliche

Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei

dar, die folgendes besagt:

„Die Deutsche Volkspartei mußte wissen und wußte, daß seitens des Zentrums die Lösung der Koalition erfolgen werde, wenn sie sich nicht zu einer Einigung über das Schulgesetz bereitfinden ließ. Der Deutschnationalen Volkspartei wird niemand das Zeugnis versagen können, daß sie alles getan hat, um die jetzige Krise zu vermeiden. Nachdem es ihr zu ihrem Bedauern nicht gelungen ist, die Einigung über das Schulgesetz herbeizuführen, wird sie trotz aller dadurch herbeigeführten Schwierigkeiten alles daran setzen, um die dringendsten praktischen Aufgaben, insbesondere die eingeleiteten Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft, die Kleinrentnerversorgung und Liquidationsentschädigung und die sonstigen mit dem Etat zusammenhängenden Angelegenheiten zu erledigen.“

Finanzausgleich-Hauszinssteuer.

Eine Entschließung des Reichsstädtebundes. — Die Klein- und Mittelstädte gegen Änderungen.

In einer unter dem Vorsitz des Bundespräsidenten Dr. Bellian in Berlin abgehaltenen zweitägigen Sitzung des Gesamtvorstandes des Reichsstädtebundes wurde eine Entschließung angenommen, in der eine Änderung der Bestimmungen über die Verteilung des preussischen Landesanteils an der Einkommen-

und Körperschaftsteuer abgelehnt wird und in der es zum Schluß heißt:

„Der Gesamtvorstand hält auch die Beibehaltung der jetzigen Verteilungsgrundsätze für die Hauszinssteuer im Verhältnis zwischen dem preussischen Staat und seinen Gemeinden und der Gemeinden untereinander für das Rechnungsjahr 1928 für geboten. Insbesondere muß der Ausgleichszwecken dienende sogenannte staatliche Wohnungsfürsorgefonds in vollem Umfange aufrecht erhalten bleiben. Dem Sinne des Lastenausgleichs entsprechend muß er weiterhin in erster Linie zugunsten solcher unter der Wohnungsmangel leidenden Gemeinden verwendet werden, deren örtliches Einkommen zur hinreichenden Förderung des Wohnungswesens nicht ausreicht. Dabei kann durch die Verteilung ein nicht zu unterschätzender staatlicher Einfluß auf die Wohnungsbau- und Siedlungspolitik gewonnen und eine tatkräftige Umsiedlungspolitik zugunsten der Klein- und Mittelstädte und des Landes gefördert werden. Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes ist der Meinung, daß die jetzigen Grundsätze für die Verteilung des Finanzanteils an der Hauszinssteuer beizubehalten sind.“

Titulescus Besprechung mit Stresemann.

Der rumänische Außenminister Titulescu ist vor Paris kommend in San Remo eingetroffen. Der Minister wird in den nächsten Tagen den deutschen Außenminister Dr. Stresemann an der Riviera aufsuchen. Wie verlautet, soll einen wesentlichen Bestandteil der Unterhaltung die Einlösung des während des Krieges von deutschen Soldaten in Rumänien benutzten Rohgoldes bilden. Außerdem dürfte im Zusammenhang damit die Möglichkeit größerer Kredite durch deutsche Banken besprochen werden.

Flaggengedächtnis im Landtag.

Muscinaudersprechung des preussischen Innenministers mit der Fraktion der Volkspartei.

— Berlin, den 16. Februar 1928.

Der preussische Landtag feiert heute die gestern begonnene Beratung des Haushalts des Innenministeriums. Dr. v. Eppert (D. Sp.) kritisiert die Politik des Innenministeriums, erklärt, es berühre merkwürdig, daß man alle Träger des öffentlichen Rechts zu staatslichen Postträgern mache und behandelt dann die Verwaltungsreform. Über den Einheitsstaat denke keine Partei ebenso wie die demokratische. Der Einheitsstaat sei ein Freund der liberalen Jugendzeit. Zum Schluß führt Redner auf den Erlaß des preussischen Innenministers über Beziehungen zur Sammlung für ein Schlageter-Denkmal laute nationale Laute vermissen.

Innenminister Grzesinski

erwidert, der kritisierte Erlaß über die Beteiligung an den Sammlungen für das Schlageter-Denkmal habe sich dagegen richten sollen, daß ein Sammelbedenken entliehe aller Geister des Staates, die vielleicht auch entschlossen seien, mit Gewalt vorzugehen. (Lebhafte Zwischenrufe rechts.)

Zur Flaggengedächtnisfeierordnung müsse zunächst einmal die Entscheidung des Staatsgerichtshofes abgewartet werden. Im übrigen sei sie la vom Ständigen Ausschuss angenommen worden. Später habe auch die Mehrheit des Landtages die Verordnung bestätigt.

Der Minister erklärt weiter, es sei in der ganzen Welt selbstverständlich, daß die Reichs- oder Landesfeste an nationalen Feiertagen abgeleitet werde.

Wenn es die Deutschnationalen im Falle des Falls für loyal gehalten hätten, daß dieser durch die Ausschaltung des Reichstages kein Diktaturherbeiführer, so beweise das ihre Loyalität.

Die Aktion der Polizei gegen Claf

werde von der Staatsregierung völlig gedeckt.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Schwenk (D. Sp.) meint Abg. Dr. Grzesinski (Dem.), die Deutsche Volkspartei habe im Reich von den Deutschnationalen ein Darlehen nach der anderen bekommen. Wieder einmal habe die Volkspartei für die Deutschnationalen die Kassen der Steuer geholt. Die Deutschnationalen hätten alle Verantwortung über die Personalpolitik auszuweichen, denn was man von ihnen auf diesem Gebiet in der Reichsregierung erlebt habe, stelle alles in den Schatten.

Nach längerer Debatte verläßt sich der Landtag dann auf Freitag.

Reichstag.

— Berlin, den 16. Februar 1928.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fordert Abg. Stocker (D. Sp.) die sofortige Beratung des von den Kommunisten eingebrachten Antrags auf Auflösung des Reichstages. Da Widerspruch erhoben wird, kann der Antrag heute nicht auf